

Suppe für  
Bedürftige in Berlin:  
Erkenntnisse über  
eine sogenannte neue  
Unterschicht in  
Deutschland provo-  
zierten im Oktober  
2006 eine kurze,  
aber heftige Debatte.

# Wörter und Wirklichkeit

Der politische Streit über die „Unterschicht“ schlug in eine Begriffsdiskussion um. Ein treffliches Beispiel für den Versuch, durch Scheindebatten eine wirkliche Auseinandersetzung mit Problemen zu vermeiden. Eine Studie des Bochumer Instituts com.X belegt: Die Bürger nehmen solche Verlagerungen auf Nebenschauplätze als Verschleierung wahr.

**P**lötzlich und überraschend war es da: das Wort „Unterschicht“. Und als sei zum ersten Mal von den sozialen Verhältnissen in der Bundesrepublik des Jahres 2006 die Rede, entbrannte eine kurze und heftige Debatte. Halbwertzeit: nicht mal eine Woche, wenn man die in Talkshows, Schlagzeilen und Leitartikeln abgebildete oder inszenierte Realität als Maßstab anlegt.

Dabei drehte es sich schnell nicht mehr um soziale Benachteiligung und Armut in Deutschland, sondern um den Begriff Unterschicht selbst. Es ging, wie Mark-Stefan Tietze in einer der besten Aufarbeitungen des Themas in der Dezember-Ausgabe des Satirema-

gazins *Titanic* analysierte, eigentlich um die Ängste der Mittelschicht, die diese Debatte letztlich führte.

**Begriffskarriere** Die Chronologie des Streits liefert ein typisches Beispiel für den in der politischen Kommunikation häufig anzutreffenden Versuch, durch Scheindebatten die Auseinandersetzung mit den eigentlichen Problemen zu vermeiden. Eingbracht wurde der Begriff Unterschicht Mitte Oktober 2006 von SPD-Chef Kurt Beck, der sich auf eine Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung bezog. Vizekanzler Franz Müntefering versuchte, die Dämonen schnell wieder einzufangen, indem er eine soziologische Schichteinteilung ge-

nerell ablehnte. Die Gesellschaft, so sein Argument, sei prinzipiell durchlässig.

Als exemplarisch für die weitere Diskussion können die Äußerungen in Frank Plasbergs WDR-Sendung „hart aber fair“ vom 18. Oktober gelten, wo sich beispielsweise CDU-Generalsekretär Ronald Pofalla vehement gegen den Begriff Unterschicht aussprach. Er sei diskriminierend und entwürdigend. Eine sinnvolle Alternative bot Pofalla jedoch nicht an.

**Politischer Reflex** *stern*-Autor Walter Wüllenweber analysierte diese Wendung als politischen Reflex: Wer das Wort leugne, leugne das Problem selbst und starte eine

Ersatzdebatte. Und die ehemalige Familienministerin Renate Schmidt (SPD) sprach sich gegen „Ersatzbegriffe“ wie „abgehängtes Prekariat“ aus, verwendet beispielsweise in der Studie von TNS Infratest im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung. Sie spreche auch nicht von „Bonziat“, wenn sie Oberschicht meine.

**Nebenschauplatz** So war man mitten drin in einer Scheindebatte, die auch in den Folgetagen nicht abebben sollte und an Stelle des gesellschaftlichen Problems einen Teil der öffentlichen Aufmerksamkeit beanspruchte. Kaum ein satirischer oder zumindest humorig gemeinter Beitrag zum Thema kam denn auch ohne Seitenhiebe auf die Bezeichnung „abgehängtes Prekariat“ aus.

Dass die Triebfeder hinter der Ablehnung des Begriffs Unterschicht ein tatsächliches Bemühen um politisch korrekte Sprache sein kann, sei unbestritten. 66 Prozent der Deutschen sehen darin jedoch den Versuch, einer ernsthaften Diskussion über Armut und Arbeitslosigkeit in Deutschland aus dem Weg zu gehen, wie eine repräsentative com.X-Befragung auf dem Höhepunkt der Debatte zeigte (siehe Abbildung). Nur jeder Dritte glaubt, dass Akteure aus Politik, Medien und Wissenschaft die Bezeichnung Unterschicht wirklich als ausgrenzend empfinden und deshalb ablehnen.

**Verschleierung fällt auf** Interessant ist zudem, dass sich die Einstellungen der verschiedenen Bevölkerungsgruppen praktisch nicht voneinander unterscheiden: Weder Einkommen noch Bildungsniveau, Alter oder Wohnort beeinflussen das Antwortverhalten wesentlich. Die eigene soziale Situation ist offenbar nicht entscheidend dafür, ob hinter der Ablehnung des Begriffs Unterschicht ein anderes Motiv vermutet wird, als Diskriminierung vorzubeugen.

Fakt ist: Der Versuch, klare und verständliche Termini für gesellschaftspolitische Probleme zu vermeiden und durch verschleierte

Beschreibungen zu ersetzen, wird von den Bürgern durchaus bemerkt – unabhängig von der Frage, inwieweit das Wort tatsächlich diskriminierend ist.

Das Phänomen der Begriffsverschleierung und der Verwendung von Euphemismen ist weder selten noch neu. Sprache formt Realitätswahrnehmung. Das weiß man spätestens, seit in den 30er Jahren der US-amerikanische Linguist Benjamin Whorf im Rückgriff auf Edward Sapir seine Hypothesen formulierte. Jede Form von Propagandasprache versuchte, das zu nutzen.

**Gefährlich lebensfern** Bewusste Sprachformung durch Kunstbegriffe gelingt durchaus auch in weniger essentiellen Lebensbereichen. Wem Kuranwendung und Körperpflege zu altbacken klingen, macht dann eben Wellness. Wenn Menschen aber essentiell betroffen sind, gehen die oft lebensfernen neuen Begriffe daneben und richten eher Schaden an.

Dass die Debatte um die Unterschicht schnell wieder aus dem ganz großen medialen und gesell-

schaftlichen Diskurs verschwand, ist kaum als Erfolg einer Tarnstrategie zu sehen. Auch andere Debatten zu ungelösten Dauerproblemen fesseln die öffentliche Aufmerksamkeit heute nur noch kurz. Den Sprung zurück auf die Medienagenda schaffen die Themen höchstens, wenn sie durch aktuelle Ereignisse oder Scheinereignisse wiederbelebt werden. Beispiele sind Begriffe mit Konfliktpotential wie Rechtsradikalismus, Politikverdrossenheit und Pflegenotstand.

**Klare Begriffe wählen** Nach dem kurzen Diskussionshöhepunkt setzten sich die Medien auch mit dem Thema Armut und soziale Benachteiligung vertiefend auseinander – und das durchaus unter Verwendung des Begriffs Unterschicht. Bei einem ernsthaften Bemühen um eine sachlich korrekte Ausdrucksweise sind gesellschaftspolitische Eliten also gut beraten, zumindest klare und problemnahe Begriffe zu wählen. Andernfalls findet das nicht zu Unrecht bestehende Vorurteil der schwindenden Bürgernähe und wachsenden Abgehobenheit immer neue Nahrung.

Thomas Quast ■



Thomas Quast, Geschäftsführer des com.X Instituts für Kommunikations-Analyse & Evaluation in Bochum.

## Ablehnung des Begriffs „Unterschicht“: Glaubwürdig oder Verschleierungsversuch?

Ergebnisse einer bundesweiten telefonischen Repräsentativbefragung von 1.004 Personen ab 14 Jahren vom 20. und 21. Oktober 2006

